



An den Grossen Rat

18.5085.02

PD/P185085

Basel, 28. März 2018

Regierungsratsbeschluss vom 27. März 2018

Interpellation Nr. 24 Mark Eichner betreffend "Stadtteilsekretariat Kleinbasel"

(Eingereicht vor der Grossratssitzung vom 14. März 2018)

„Das Stadtteilsekretariat Kleinbasel erhält gemäss Jahresrechnung 2016 rund Fr. 230'000 Beiträge vom Kanton Basel-Stadt.

Wie den Medien mehrfach entnommen werden konnte, plant eine private Bauherrschaft unter dem Landhof-Areal ein Quartierparking, das ausschliesslich Quartierbewohnern zur Verfügung stehen soll. Das Quartierparking kann unabhängig von der Umsetzung der oberirdischen Planung realisiert werden, wie dem nun vorliegenden Ratschlag "Landhof für alle" (Nr. 18.0047.01) entnommen werden kann.

Wie immer bei Parkplatzfragen in Basel, gibt es unterschiedliche Ansichten. Im vorliegenden Fall ist jedoch selbst aus Sicht des Regierungsrates der "Parkdruck" erhöht, so dass der Regierungsrat beschlossen hat, auf die oberirdische Kompensation von Parkplätzen zu verzichten (ibidem).

Beim Parkingprojekt handelt es sich um ein privates Bauprojekt; die vom Projekt betroffenen Anwohner können sich im Rahmen der baurechtlichen Rechtsbehelfe in einem rechtsstaatlichen Verfahren dagegen wehren. Es ist kein politisches Projekt des Regierungsrates oder des Grossen Rates.

All dies hält das zumindest zu zwei Dritteln staatlich finanzierte Stadtteilsekretariat offenbar nicht davon ab, ein Kleinstadtgespräch mit dem Titel "Der Landhof ist kein Parkplatz" zu organisieren. Als Mitorganisatoren werden u.a. der neutrale Quartierverein unteres Kleinbasel und der Kanton Basel-Stadt aufgeführt. Der direkt betroffene neutrale Quartierverein oberes Kleinbasel wurde als Mitorganisator weder eingeladen noch aufgeführt.

In diesem Zusammenhang stellen sich für den Unterzeichneten die folgenden Fragen, die er dem Regierungsrat zur Beantwortung unterbreitet:

- Ist es aus Sicht des Regierungsrates legitim, dass das staatlich finanzierte Stadtteilsekretariat sich in potentielle privatrechtlichen Streitigkeiten zwischen privaten Investoren und betroffenen Nachbarn eines privaten Bauprojektes einmischt, oder teilt der Regierungsrat die Ansicht des Interpellanten, dass sich das Stadtteilsekretariat aus privaten Angelegenheiten heraushalten soll?

- Teilt der Regierungsrat die Ansicht des Interpellanten, dass sich das Stadtteilsekretariat politisch neutral zu verhalten hat? Falls ja, sieht der Regierungsrat die politische Neutralität bei der vorgenannten Veranstaltung gewahrt? Wieso hat sich der Kanton an der Veranstaltung mit diesem einseitigen Titel (es gibt nicht einmal ein Fragezeichen) als Mitorganisator beteiligt?
- Wie interpretiert der Regierungsrat den Sachverhalt, dass der betroffene neutrale Quartierverein (dessen Vorstand dem Parkingprojekt grundsätzlich oder mehrheitlich positiv gegenübersteht) als Veranstalter nicht beigezogen wurde?
- Wie kommt das Stadtteilsekretariat dazu, zu einer öffentlichen Diskussion über ein privates Bauprojekt zu lancieren?
- Hält der Regierungsrat es nach wie vor für angebracht, die Stadtteilsekretariate zu finanzieren?
Mark Eichner“

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

1. Einleitung

Stadtteilsekretariate, als private Vereine organisiert, vermitteln als Bindeglied zwischen Anliegen des Stadtteils und der Verwaltung. Sie bündeln Vorschläge, Anregungen und Meinungen der Quartierbevölkerung und tragen diese den zuständigen Stellen vor. Sie fördern mit unterschiedlichen Gefässen den Austausch und die Vernetzung der Organisationen sowie der Bevölkerung. Der Regierungsrat und die Verwaltung schätzen die Stadtteilsekretariate ihrerseits als Ansprechstelle und nutzen ihre Netzwerke, um breit über aktuelle Vorhaben und Projekte zu informieren. Damit wird sichergestellt, dass alle Organisationen zeitgleich wichtige Informationen erhalten.

Das Format «Kleinstadtgespräch» bietet eine konkrete Diskussions- und Informationsplattform zu aktuellen Themen und kann den Meinungsbildungsprozess der Beteiligten unterstützen. Dies entspricht dem Grundauftrag eines Stadtteilsekretariates.

2. Zu den einzelnen Fragen

1. *Ist es aus Sicht des Regierungsrates legitim, dass das staatlich finanzierte Stadtteilsekretariat sich in potentielle privatrechtlichen Streitigkeiten zwischen privaten Investoren und betroffenen Nachbarn eines privaten Bauprojektes einmisch, oder teilt der Regierungsrat die Ansicht des Interpellanten, dass sich das Stadtteilsekretariat aus privaten Angelegenheiten heraushalten soll?*

Die Veranstaltungsreihe «Kleinstadtgespräch» nimmt aktuelle Themen aus dem Stadtteil auf und ermöglicht einen Austausch zwischen Behördenmitgliedern, Politikerinnen und Politikern sowie Bewohnerinnen und Bewohner.

Die Umgestaltung des Landhofs sowie die Parkplatzsituation im Wettsteinquartier beschäftigt die Quartierbevölkerung seit Jahren. Zudem wurde von Anwohnenden eine Petition gestartet. Dies veranlasste das Stadtteilsekretariat Kleinbasel dazu, das Thema an einem «Kleinstadtgespräch» aufzugreifen.

Aus Sicht des Regierungsrats hat das Stadtteilsekretariat Kleinbasel mit dem «Kleinstadtgespräch» zum Landhof-Parking eine öffentliche Diskussion zu einem Thema ermöglicht, welches die Quartierbevölkerung bewegt.

2. *Teilt der Regierungsrat die Ansicht des Interpellanten, dass sich das Stadtteilsekretariat politisch neutral zu verhalten hat? Falls ja, sieht der Regierungsrat die politische Neutralität bei der vorgenannten Veranstaltung gewahrt? Wieso hat sich der Kanton an der Veranstaltung mit diesem einseitigen Titel (es gibt nicht einmal ein Fragezeichen) als Mitorganisator beteiligt?*

Das Stadtteilsekretariat Kleinbasel hat weder für noch gegen das Projekt Landhof-Parking Stellung bezogen. Das Ziel der Veranstaltung war vielmehr allen Positionen die Gelegenheit zu geben, ihre Meinung zu äussern. Dies scheint auch gelungen zu sein, nahmen an dem Anlass doch der zuständige Regierungsrat, die Verwaltung, der Investor sowie unterschiedliche Quartiervertreter teil.

Die Einladung zur Veranstaltung mit dem Titel „Der Landhof ist kein Parkplatz“ diente gemäss Aussage des Stadtteilsekretariats Kleinbasel der plakativen Zuspitzung des Themas und widerspiegelt nicht dessen Haltung. Die Zusammenfassung der Veranstaltung durch die Geschäftsstelle des Stadtteilsekretariats Kleinbasel wiedergibt das Spektrum der Diskussion: <http://kleinbasel.stadtteilsekretariatebasel.ch/kleinbasel/kleinstadtgespraeche/kleinstadtgespraeche-2018/>.

Da das Stadtteilsekretariat Kleinbasel vom Kanton mitfinanziert wird, erscheint das Logo des Kantons auf dem Veranstaltungsflyer. Der Kanton ist jedoch nicht Mitorganisator der Veranstaltungsreihe.

3. *Wie interpretiert der Regierungsrat den Sachverhalt, dass der betroffene neutrale Quartierverein (dessen Vorstand dem Parkingprojekt grundsätzlich oder mehrheitlich positiv gegenübersteht) als Veranstalter nicht beigezogen wurde?*

Die 47 Mitgliederorganisationen haben die Möglichkeit, sich in diversen Arbeitsgruppen einzubringen. Die «Kleinstadtgespräche» werden von einem entsprechenden Organisationskomitee vorbereitet. Der Neutrale Quartierverein Unteres Kleinbasel arbeitet seit 2014 aktiv als Mitorganisator mit und ist auch als Sponsor auf dem Flyer aufgeführt. Der Neutrale Quartierverein Oberes Kleinbasel wurde ausdrücklich zur Veranstaltung eingeladen, war aber bisher nicht Teil des Organisationskomitees und wurde deshalb auf dem Flyer nicht aufgelistet.

4. *Wie kommt das Stadtteilsekretariat dazu, zu einer öffentlichen Diskussion über ein privates Bauprojekt zu lancieren?*

Vgl. Antwort zu Frage 1.

5. *Hält der Regierungsrat es nach wie vor für angebracht, die Stadtteilsekretariate zu finanzieren?*

Ja. Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass die Stadtteilsekretariate mit ihrer Vernetzungs- und Koordinationsarbeit einen wichtigen Beitrag für attraktive und lebenswerte Quartiere leisten.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Eva Herzog
Vizepräsidentin



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin